

Jahresmedienkonferenz 2012 vom 13. September 2012

Dr. Daniel Odermatt, Verwaltungsdirektor

Die Universität Bern wächst – und spart weiter

Der Kanton Bern rechnet dieses Jahr mit einem erheblich schlechteren Ergebnis als im Voranschlag 2012 geplant und hat deshalb für die letzten vier Monate des Jahres ein Ausgabenmoratorium beschlossen. Die Universität Bern ist von diesem Regierungsratsbeschluss grundsätzlich ausgenommen, aber sparen muss sie ohnehin schon seit etlichen Jahren aufgrund der kantonalen Finanzierung. Denn die zu erbringenden Leistungen in Forschung und Lehre sind in der letzten Dekade stetig und erheblich gestiegen: So hat die Universität gegenüber 2000 rund 50 Prozent mehr Studierende aufgenommen.

Parallel dazu waren die Forschenden der Universität überdurchschnittlich erfolgreich bei der kompetitiven Einwerbung von Drittmitteln (101 Prozent Zuwachs von 2000 auf 2011¹). In derselben Periode konnte die kantonale Grundfinanzierung der Universität bei weitem nicht Schritt halten. Bereinigt um Teuerung und andere Massnahmen ist die Kantonsfinanzierung der Universität Bern nahezu konstant. Resultat ist ein permanent sinkender Kantonsbeitrag pro Kopf der Studierenden – der tiefste aller Universitäten mit medizinischer Fakultät in der Schweiz.

Ergebnis 2012 der Universität besser als erwartet

Die Universität Bern geht deshalb bereits lange Zeit sehr haushälterisch mit den Kantonsmitteln um. Im 2011 verabschiedeten Voranschlag 2012 waren auf ein Gesamtbudget von rund 740 Millionen 12 Millionen Franken Verlust zu Lasten der eigenen Reserven vorgesehen. Das Ergebnis 2012 dürfte aufgrund verschiedener Massnahmen jedoch etwa 5 bis 6 Millionen besser ausfallen. Mit verzögerten Anstellungen und weiteren Massnahmen versucht die Universität, wie alle anderen Kantonsinstitutionen, bis Ende Jahr noch mehr herauszuholen.

Leider ist es immer schwieriger, echte Einsparungen zu tätigen, die dann nicht in kommenden Jahren teurer nachgeholt werden müssen, wie zum Beispiel der Verzicht auf Serviceabonnemente bei teuren und sensiblen Forschungsgeräten. Nur mit einem gesunden Betreuungsverhältnis und einer

¹ Quelle: Bundesamt für Statistik

genügenden Grundfinanzierung, welche Forschung noch ermöglicht, kann die Universität jedoch attraktiv für die Studierenden sein und ihren Leistungsauftrag erfüllen.

Sparen ist nötig, muss aber langfristig Perspektiven offen lassen und neben der Aufwand- auch die Ertragsseite berücksichtigen. Dies gilt in besonderem Masse im Bildungsbereich und speziell bei der Universität. Erinnert sei an die Wertschöpfungsanalysen des Volkswirtschaftsprofessors Gunter Stephan. Diese zeigen, dass ein Franken Kantonsmittel im Kanton Bern eine Wertschöpfung von fünf Franken auslöst. Jeder falsch eingesparte Franken hat also das Potenzial, fünf Franken Wertschöpfung zu vernichten; dies mit den entsprechenden Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons und damit die Einnahmenseite des Kantons.

Dieser Mechanismus kann gut anhand der direkten Steuern der Universitätsangestellten illustriert werden: Der Kantonsbeitrag von rund 275 Millionen Franken (2011) ermöglicht, dass die Universität dank anderen Kantonen, dem Bund und weiteren Drittmittel-Geldgebern das Gesamtbudget beinahe verdreifacht. Darin enthalten sind knapp 500 Millionen Gehälter, die weitgehend im Kanton Bern versteuert werden.

Eine rechnerische Betrachtung des Studierendenwachstums

Die Universität ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen und dürfte, wenn auch etwas weniger schnell, weiter wachsen. Das Vizerektorat Lehre hat aufgezeigt, dass dieses Wachstum positiv als Zeichen für Attraktivität und Qualität der Universität Bern gewertet wird, aber auch Anstrengungen bedingt, die Qualität der Lehre halten zu können.

Betrachten wir einmal exemplarisch die Auswirkungen von 100 zusätzlichen Studierenden. Diese zusätzlichen 100 Studierenden sind bei einer gleichmässigen Verteilung in den Vorlesungen für die Dozierenden grundsätzlich verkraftbar, wenn es die Hörräume zulassen. Hingegen ist für die individuelle Betreuung, namentlich bei Bachelor-, Master- und Doktoratsarbeiten sowie für die Prüfungsabwicklung mit erheblichem Zusatzaufwand zu rechnen. Will man die Betreuungsverhältnisse und Lehrqualität halten und verhindern, dass die Dozierenden immer mehr Lehre und weniger Forschung machen, müssen die Dozierenden verstärkt werden. Die Frage ist nur: Wie finanziert man das?

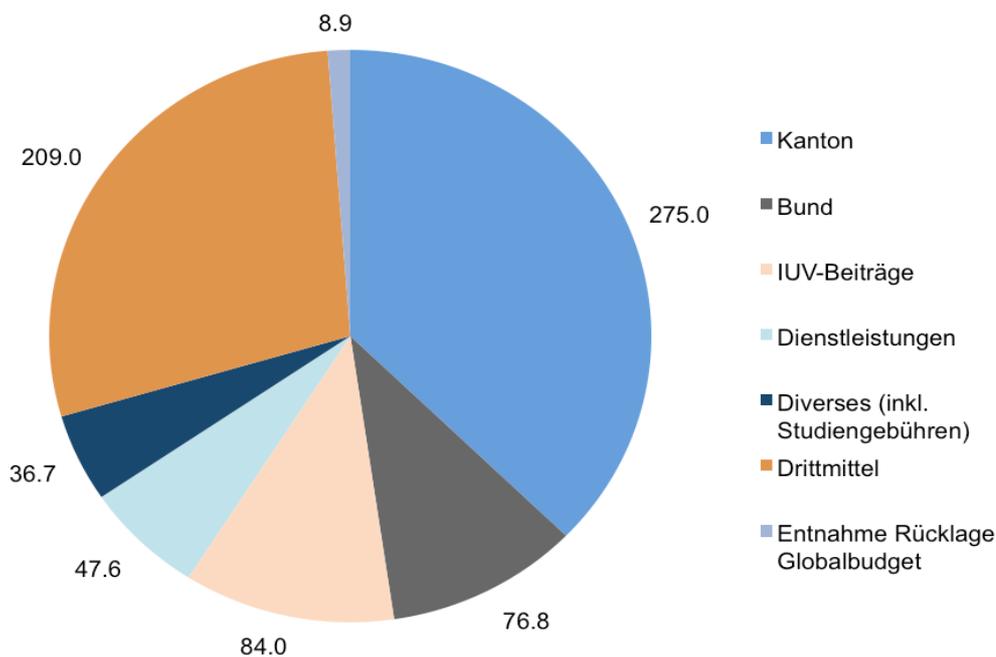


Abbildung 1: Universität Bern, Erträge 2011 in Millionen Franken

Im Zusammenhang mit steigenden Studierendenzahlen sind folgende Einnahmekategorien zu beachten: Diverses (inkl. Studiengebühren von rund 15 Millionen Franken), IUV-Beiträge, Bund, Drittmittel, Kantonsbeitrag.

1.1 Studiengebühren: 100 Studierende bringen rund 140'000 Franken ein

Semestergebühren korrelieren am direktesten mit dem Studierendenwachstum: Bachelor- und Masterstudierende bezahlen pro Semester 784 Franken, Doktoranden 200 Franken. Bei einem angenommenen Anteil Doktorierender von 10 Prozent ergibt das rund 140'000 Franken Studiengebühren pro Jahr.

1.2 IUV-Beiträge: Die übrigen Kantone bezahlen rund 680'000 Franken

Auch die Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV-Beiträge) wachsen proportional mit dem Studierendenwachstum an der Universität Bern. Für jeden Studierenden aus einem anderen Schweizer Kanton erhält Bern je nach Studienrichtung zwischen 10'000 und 49'000 Franken. Geht man von einem Anteil von 40 Prozent ausserkantonaler Studierender und einem gewichteten durchschnittlichen IUV-Beitrag von 17'000 Franken aus, ergibt das Mehrerträge in der Höhe von 680'000 Franken.

1.3 Grundbeiträge des Bundes: 350'000 Franken mehr erwartet

Die Grundbeiträge des Bundes sind abhängig von Input und Output, die eine Universität im Wettbewerb mit den anderen Universitäten erbringt. Die bestimmenden Grössen sind die Anzahl Studierende, der Erfolg bei der Drittmittelinwerbung sowie, stark reduziert, die Anzahl ausländische

Studierende. Hier ist die Planung etwas schwieriger, die Universität rechnet aber mit rund 350'000 Franken mehr Grundbeiträgen für 100 Studierende, wenn sie mehr als der Durchschnitt der anderen Universitäten zulegt.

1.4 Drittmittel: Ohne Entlastung für die Dozierenden geraten Drittmittel unter Druck

Die Menge an Drittmitteln ist nicht direkt verknüpft mit der Anzahl Studierenden. Ein indirekter Zusammenhang besteht aber dennoch: Mehr Studierende bei gleichbleibender Grundfinanzierung bedeuten mehr Betreuungsaufwand für einzelne Dozierende. Damit bleibt weniger Zeit für Forschung und insbesondere für Anträge bei Forschungsausschreibungen, was sich mittelfristig negativ auf die Drittmittelinwerbung und schliesslich auf die Qualität der Universität auswirkt.

1.5 Kantonsbeitrag: Nichteinhalten der Finanzplanung beeinträchtigt Qualität

Als Träger ist der Kanton Bern wichtigster Geldgeber, aber auch grösster Nutzniesser der Universität. Neben der Wertschöpfung durch gut ausgebildete Abgängerinnen und Abgänger sowie dem Wissens- und Technologietransfer profitiert er, wie bereits erwähnt, von der wirtschaftlichen Wertschöpfung.

Bei den 100 zusätzlichen Studierenden an der Universität Bern spart der Kanton direkt, denn erfahrungsgemäss sind die Hälfte dieser Studierenden Bernerinnen und Berner. Studierten alle diese nicht in Bern, wäre der Kanton Bern verpflichtet, rund 850'000 Franken IUV-Beiträge an die anderen Universitäten in der Schweiz zu bezahlen. Gemäss aktuellem Leistungsauftrag und auch gemäss der neuen Universitätsverordnung ist die Finanzierung abhängig von der Studierendenzahl: Mehr Studierende müssten demnach auch mehr Grundfinanzierung bedeuten. Angesichts der finanziellen Verfassung des Kantons besteht jedoch diesbezüglich kaum Hoffnung.

Damit gibt es grundsätzlich zwei Szenarien: Entweder wird der Finanzplan des Regierungsrates für die nächsten vier Jahre beibehalten oder es kommt zu weiteren Einsparungen. Das zweite Szenario würde die Qualität der Universität Bern beeinträchtigen und letztlich dem Kanton selber schaden.

Zudem wäre diese Massnahme fragwürdig, wenn 100 zusätzliche Studierende selber 140'000 Franken und die anderen Kantone sowie der Bund gemeinsam über eine Million Franken einbringen. Diese Zusatzmittel betrachtet die Universität als zweckgebunden – sie dürfen nicht zur Entlastung der Bernischen Staatskasse eingesetzt werden.

Weitere Informationen:

Dr. Daniel Odermatt, Verwaltungsdirektor

Hochschulstrasse 4, 3012 Bern

Tel. +41 (0)31 631 82 66 / daniel.odermatt@vd.unibe.ch